

## **Jugendparlament sagt ja zu Klassenrat und Schulparlament**

-----  
Uneinigkeit über Ausgestaltung der Mitspracherechte

Wien (PK) – Das Jugendparlament stimmte heute auch in seiner Plenarsitzung mit den Stimmen der Gelben und der Türkisen mehrheitlich der Ausweitung der schulischen Demokratie durch Einführung eines Klassenrats und eines Schulparlaments zu. Eine entsprechende Änderung zum Schulunterrichtsgesetz passierte am frühen Nachmittag bereits den Ausschuss des Jugendparlaments (siehe Aussendung der PK).

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, die die Plenarsitzung leitete, informierte die Jungabgeordneten, sie werde den Beschluss den "echten" Abgeordneten als Orientierungshilfe für weitere Entscheidungen zukommen lassen.

Die Diskussion erfolgte in Blöcken, wobei zunächst allgemeine Statements im Vordergrund standen, in weiterer Folge dann speziell auf den Klassenrat und dann auf das Schulparlament eingegangen wurde. Am Schluss der Sitzung entspann sich noch ein spontaner Disput zwischen Abgeordneten der Gelben und Türkisen einerseits und der Weißen und Violetten andererseits, indem sich beide Gruppen gegenseitig Kompromisslosigkeit und mangelndes Eingehen auf die Argumente der anderen vorwarfen.

So meinte etwa Abgeordnete Tanja BAMMER (W), gelbe und türkise Abgeordnete seien nicht bereit gewesen, einen Kompromiss zu schließen. Sie wurde in dieser Auffassung von anderen KlubkollegInnen bekräftigt, die der Mehrheit vorwarfen, man sei über die Meinung der Weißen und Violetten einfach "drübergefahren". Abgeordnete Michaela MEIDL (W) hielt es für "unerhört", dass niemand auf die Vorschläge der Weißen eingegangen ist. Es sei doch wichtig, die Meinung anderer anzuhören, sagte sie.

Diese Anschuldigung wies Abgeordnete Julia NEUSIEDL-BAUER (G) zurück und stellte fest, es sei vielmehr "unerhört", dass die Minderheit die Mehrheit "niedermache", nur weil sie mit ihrer Meinung nicht durchgekommen ist. Man müsse die Meinung der anderen akzeptieren, erhielt sie Unterstützung aus ihrem Klub. Abgeordneter Daniel CSENSICS (G) nannte die Vorwürfe von Weiß und Violett "unglaublich" und rief die Abgeordneten der beiden Klubs dazu auf, einen Mehrheitsbeschluss zu akzeptieren.

Die Abgeordneten Philipp JANDRITZ (T) und Alexander BLASKOVITS (W) wiederum forderten alle auf, sich nicht auf das Streiten zu konzentrieren. Man sei schließlich nicht zusammengekommen, um zu streiten. Es gehe um die Schule in Österreich, appellierten beide.

## **Alle für mehr Mitbestimmung – aber wie?**

Als erster trat Abgeordneter Andreas BANDAT (W) ans Rednerpult. Er unterstützte die Bemühungen um mehr Mitbestimmung an den Schulen grundsätzlich, bedauerte aber gleichzeitig, dass die Weißen ihre Ideen aufgrund der Mehrheitsverhältnisse nicht umsetzen konnten. Sein Klub sei auch mit einigen Punkten des nun abgeänderten Gesetzesvorschlags nicht einverstanden, betonte er.

Abgeordneter Daniel CSENCICS (G) thematisierte die schulautonomen Tage. Für viele Familien mit Kindern an verschiedenen Schulen stellten die schulautonomen Tage oft große Probleme dar, weshalb den Familien bei der Festlegung von schulautonomen Tagen ein Mitspracherecht eingeräumt werden sollte, verlangte Csencsics. Hinsichtlich der Wahl der LandesschulsprecherInnen sprach er sich für ein Wahlrecht aller SchülerInnen aus, da die LandesschulsprecherInnen einer großen Anzahl von SchülerInnen derzeit nicht bekannt seien. Allgemein trat er für mehr Gemeinschaft unter den und mehr Mitspracherecht für die SchülerInnen ein.

Abgeordneter Markus AMMINGER (W) wies auf die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre hin. Deshalb sollten Kinder und Jugendliche schon sehr früh das Recht auf Mitbestimmung und damit Einblick in demokratische Prozesse haben, argumentierte er. Abschließend bedauerte er, dass die Mehrheit der Abgeordneten nicht auf die Vorschläge der Weißen eingegangen sind.

Abgeordneter Philipp JANDRISITS (T) lobte die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Gelben Klub, die es ermöglicht habe, trotz des großen Zeitdrucks einen gemeinsamen Abänderungsantrag zustande zu bringen. Die Novelle werde durch den Ausbau der Mitspracherechte viel zur Verbesserung der Situation an den Schulen beitragen, zeigte er sich überzeugt. Jandrisits unterstrich auch die Bedeutung der Bildung im Hinblick auf die Chancen am Arbeitsmarkt.

Abgeordnete Burcu AKAR (W) wiederum konnte ihre Enttäuschung nicht verbergen. Sie sei mit dem Ergebnis unzufrieden, sagte sie. Ihr Klub sei bereit gewesen, auf die Gelben und Türkisen zuzugehen, diese seien aber von ihrer Mehrheit "besessen" und nicht bereit gewesen, auf Kompromissvorschläge einzugehen.

Abgeordnete Pia-Maria SEIDL (G) begrüßte die Einführung eines Klassenrats, da man dort gut miteinander über anstehende Probleme und Wünsche reden könne. Ab der 5. Schulstufe soll dieser vom Klassensprecher geleitet werden. Ein Schulparlament, an dem alle Schülerinnen und Schüler einer Schule teilnehmen, hielt sie für nicht sinnvoll und organisatorisch auch nicht machbar.

Abgeordneter Philip PATHY (T) freute sich über die Verbesserungen gegenüber der ursprünglichen Gesetzesvorlage, die im Ausschuss erreicht werden konnten, und hoffte auf eine breite Zustimmung.

Abgeordnete Sabrina MARTH (G) bekräftigte die Notwendigkeit der Mitbestimmung an den Schulen. Sie würde es befürworten, wenn SchülerInnen mitbestimmen, welche Fächer eingeführt werden, oder wenn sie die Möglichkeit hätten, unter einem Angebot an Fächern auszuwählen. Vielen LehrerInnen sei nicht bewusst, dass ihre SchülerInnen Probleme haben, stellte sie fest, weshalb der Klassenrat eine wichtige Einrichtung sein werde. Auch das Schulparlament sah sie sehr positiv.

### **Der Klassenrat - ein Ort zur gemeinsamen Lösung von Problemen**

Abgeordnete Lisa GABRIEL (W) hielt monatliche Sitzungen des Klassenrats für übertrieben. Ein Mal in zwei Monaten einen Klassenrat abzuhalten, ist Ihrer Auffassung nach ausreichend. Es sollte aber die Möglichkeit bestehen, einen Sonderklassenrat bei aktuellen Problemen einzuberufen. Die Sitzungen sollten auch während der Unterrichtszeit stattfinden, verlangte sie, weil die Aufmerksamkeit am Vormittag viel besser sei. Seitens ihrer Fraktion lehnte sie auch einen gesetzlich festgelegten Klassenrat an den Volksschulen ab, da die VolksschülerInnen dieser Verantwortung noch nicht gewachsen seien. An den Volksschulen sollte es ihrer Meinung nach vom Gesetz her nur eine Option für die Einrichtung eines Klassenrats geben.

Abgeordnete Bettina KOCH (G) lag der Klassenrat besonders am Herzen. Sie widersprach ihrer Vorrednerin insofern, als sie dafür eintrat, möglichst früh mit der Mitbestimmung, das heißt bereits an den Volksschulen, zu beginnen. Denn, was Häschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr, zitierte sie ein bekanntes Sprichwort. Viele Probleme innerhalb einer Klasse könnten nicht von den Einzelnen gelöst werden, argumentierte sie, wenn es einem schlecht geht, dann sollten sich alle darum kümmern. Bei den Sitzungen sollten aber LehrerInnen anwesend sein, damit die Diskussion nicht eskaliert, forderte Koch.

Abgeordnete Angela SEIFERT (V) wandte sich gegen die Bestimmung, wonach jede Schülerin und jeder Schüler eine Sitzung des Klassenrats einberufen kann. Ziel eines neuen Gesetzes müsse eine geordnete Mitsprache sein und kein Chaos, resümierte sie.

Abgeordnete Teresa HANZL (T) befürwortete die Einrichtung eines Klassenrats auch an den Volksschulen. Die Kinder würden damit früh lernen, Verantwortung mitzutragen.

Abgeordnete Michaela STAUDINGER (W) zeigte sich enttäuscht darüber, dass die Vorschläge der Weißen keine Mehrheit gefunden haben. Die Weißen würden sich auch in Zukunft für die Ausweitung der Mitbestimmung an den Schulen einsetzen, versprach sie.

Abgeordneter Matyas TOTH (G) freute sich darüber, dass es in Hinkunft auch an den Volksschulen einen Klassenrat geben wird, um Probleme zwischen einzelnen Kindern und Jugendlichen, aber auch zwischen Gruppen zu lösen. Er räumte ein, dass dies sicherlich für dieses Alter eine schwierige Aufgabe sein werde, aber man müsse früh anfangen, derartige Erfahrungen zu sammeln, betonte er.

Abgeordnete Elisa RAUSCHER (T) unterstütze die nun vorliegende Lösung für den Klassenrat, da damit die Gemeinschaft gestärkt werden könne. Jede und jeder werde die Möglichkeit haben, in diesem Gremium seine Anliegen vorzubringen.

### **Schulparlament - welche Mitspracherechte soll es haben?**

Abgeordnete Bianca LABONT (W) sprach sich dafür aus, in das Schulparlament nur gewählte VertreterInnen zu entsenden. Für die Zusammenkunft aller Schülerinnen und Schüler fehle der nötige Platz an den einzelnen Schulen, sodass außerhalb des Schulstandorts Lokalitäten angemietet werden müssten. Dafür müssten dann wieder die SteuerzahlerInnen aufkommen, argumentierte sie.

Abgeordnete Julia NEUSIEDL-BAUER (G) gab Ihrer Vorrednerin Recht und wies darauf hin, dass man die ursprüngliche Vorlage daher auch in diesem Punkt abgeändert hat.

Abgeordneter Christopher Alfred LEHNER (V) zeigte sich mit vielen Punkten des nun vorliegenden Gesetzes einverstanden, dennoch stellte er mit Bedauern fest, dass wichtige Anliegen seiner Fraktion von den Gelben und Türkisen "beinhart" abgelehnt wurden. Vor allem wäre es seiner Meinung nach wesentlich gewesen, wenn das Schulparlament mehr Einfluss auf die Fahrplangestaltung der öffentlichen Verkehrsmittel eingeräumt bekommen hätte.

Abgeordneter Min LEE JONG (T) hob die Bedeutung der politischen Bildung hervor und die Notwendigkeit, schon früh mit der Politik konfrontiert zu werden, nicht zuletzt im Hinblick auf die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre. Das Schulparlament sei ein geeigneter Ort, das politisch demokratische System kennenzulernen, sagte Lee Jong. Er appellierte an die Schulpartner, die Zusammenarbeit zwischen Schulgemeinschaftsausschuss und Schulparlament eng zu gestalten, und sprach die Hoffnung aus, dass auch die LehrerInnen verantwortungsvoll mitwirken.

Abgeordnete Lisa GABRIEL (W) hob hervor, dass der Schulgemeinschaftsausschuss dem Schulparlament regelmäßig Rede und Antwort stehen muss. Auch sie hielt das Thema der Fahrpläne für ein wichtiges, da diese derzeit nicht optimal auf die Schulzeiten abgestimmt seien. Bessere Fahrpläne würden den SchülerInnen viel Wartezeit ersparen, betonte sie, dadurch hätten sie mehr Zeit für Freizeit, insbesondere sportliche Aktivitäten.

Abgeordnete Marianne SCHNÖDL (V) bekräftigte die Forderung nach besseren Fahrplänen und bedauerte, dass dem Schulparlament keine diesbezüglichen Einflussnahmen zugestanden werden.

Abgeordneter Andreas BRUCHMANN (W) bestätigte abschließend nochmals die Ablehnung des Gesetzesvorschlags durch seinen Klub, weil man mit einigen Punkten nicht einverstanden sei.  
(Schluss)